

SPD - Fraktion im Ortsgemeinderat Wackernheim

Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands

Fraktionssprecher:
Joachim Beck
Am Lornenberg 25
55263 Wackernheim
Tel. 06132/56128

Wackernheim, 10. November 2009

An die
Bürgermeisterin
der Gemeinde Wackernheim

ANTRAG

Betrifft: Kommunalreform des Landes Rheinland Pfalz

Schon im Jahr 2006 hatte die SPD- Fraktion einen Antrag mit dem Ziel gestellt, Gespräche mit der Stadt Ingelheim aufzunehmen um die Möglichkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit auszuloten. Es sollten alle Möglichkeiten geprüft werden, eine effektive und kostensparende Verwaltungsstruktur, unter Beibehaltung der Selbständigkeit der Ortsgemeinde, zu schaffen. Der Antrag wurde vom damaligen VG Bürgermeister Rump in Bezug auf eine Verwaltungsgemeinschaft als nicht machbar abgetan. Die Kommunalreform wird nun von der Landesregierung beschleunigt. Die Gemeindestrukturen sollen bei sinkenden Einwohnerzahlen festgemacht werden. Dabei soll die Verwaltung effektiver, sparsamer und bürgernäher werden. Die Verbandsgemeinde hatte Ende 2008 9796 Einwohner. Die Grundzüge der Reform sehen vor, dass Verbandsgemeinden bis 12.000 EW und verbandsfreie Gemeinden bis 10.000 EW (Budenheim) mit den Nachbarn fusionieren sollten. Auf der Phase freiwilliger Fusionen bis Mitte 2012 sollen ab 2013 Zusammenschlüsse per Gesetz folgen- dann aber ohne Finanzhilfen vom Land. Die Finanzhilfe beträgt 150 € pro Einwohner/in der kleineren beteiligten Gebietskörperschaft und verläuft bis 2013 degressiv. Die Kommunalwahl 2014 soll in den neuen Gemeindegrenzen stattfinden. Die Zeit drängt also.

Deshalb beauftragt der Ortsgemeinderat die Ortsbürgermeisterin, eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Fraktionen, Agenda 21 und eventuell der Bürgerschaft zusammen zu stellen. Ziel ist eine Bestandsaufnahme zu machen, Meinungen einzuholen und weitere Schritte einzuleiten. Parallel dazu sollte die Ortsbürgermeisterin auf Verwaltungsebene eine Kommission bilden. Über beide Gruppen bzw. die jeweiligen Sprecher sollten dann so schnell wie möglich Gespräche mit dem Land und den Nachbargemeinden aufgenommen werden.

Die jeweiligen Möglichkeiten müssen dann in einer Vergleichsbetrachtung gegenübergestellt und den Bürgern in Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen vorgestellt werden.

Mit den Verhandlungsergebnissen und dem Votum der Bürger/innen werden dann die jeweiligen Ausschuss sowie Ratsentscheidungen getroffen.

Mit freundlichen Grüßen

